



öffentliche Bekanntmachung des
Internationalen Zentrums für Menschenrechte
zur bevorstehenden Deutschlandkonferenz
am 06.03.2010 von 13 bis 19 Uhr

in CH - 4601 Olten/Schweiz, Bahnhofstraße 5- nahe Basel
im Congresshotel Olten – <http://www.congresshotelolten.ch/de.html>

Restaurant bietet an: Getränke / Speisen - Brotzeiten - Kaffee

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitbürger,

über sechzig Jahre sind nun vergangen und der 26.02.2010 ist ein wichtiges und historisches Datum für unser zukünftiges Land. An diesem Tag werden Informationen freigegeben, wie die neue Verfassung, dessen Recht sich aus dem Grundgesetz ableitet, völkerrechtlich abzufassen ist. Die Gründe, warum diese Bestimmungen noch nicht von den bestehenden KRR`s und anderen Organisationen erfüllt und umgesetzt werden konnten, liegt darin, dass das Grundgesetz als Leitfaden für eine neue gesamtdeutsche Verfassung falsch verstanden und interpretiert worden ist. Somit ist die Kraft für die Auflösung der Bundesrepublik durch eigenmächtiges Handeln vieler Gruppen und Personen in den letzten 60 Jahren verbraucht und der Traum von „Einheit und Freiheit“, nicht erreicht worden.

Um dieses Ziel nun endlich durchzusetzen ist es nötig und für alle Mitstreiter unabdingbar, die Energien zu verschmelzen, um somit ein Potential zu kreieren, welches die Kraft, die Beständigkeit und das Wissen hat, den Traum für ein wahrhaftiges und freies Deutschland wahr werden zulassen.

Die Absicht der Bundesrepublik ist es, die Bürger in Splittergruppen (KRR/s Selbstverwaltungen etc.) auflaufen zulassen. Jede Bemühung, die nicht nach den besonderen Bestimmungen des Grundgesetzes, als Leitfaden der Alliierten, vollzogen wird, führt nicht zum Erfolg, da sie völkerrechtlich nicht anerkannt wird. Wirksame Beschwerden über die Bundesrepublik waren und sind wegen des Systemmangels nicht möglich. Die Voraussetzungen einer neuen Verfassung gemäß Artikel 146 GG sind vorgegeben und ergeben sich aus dem verbrieften Völkerrecht.

Einen Friedensvertrag, sowie Fragen über die Gebiets und Staatsangehörigkeit und vielen anderen Angelegenheiten, ergeben sich aus dieser neuen Verfassung, die ebenso Antworten aus der Vergangenheit liefert und Lösungen für die Zukunft bietet.

Die Verfassung wird das Selbstbestimmungsrecht aller Menschen schützen und achten, insbesondere ein neues Kontrollorgan des Volkes schaffen, um die Gewalten (Legislative, Judikative und Exekutive) zu kontrollieren.

Diese bürgerliche Plattform, die keine politische sein darf, da ansonsten wieder ein wirtschafts- und Verwaltungskrieg droht, muss in erster Linie ein Organ des Volkes sein, um eine sachliche Ebene für das Gemeinwohl der Menschen zu gewährleisten. Dieses Kontrollorgan ist auf einer politischen = unsachlichen Ebene, wie sie derzeit noch praktiziert wird, nicht existenzfähig, denn berechtigte Beschwerden von Systemfehlern werden im Petitionsausschuss nicht behandelt, (Justiz ist Ländersache) oder unsachlich abgewiesen.

Des Weiteren wird es mit dieser neuen Verfassung möglich sein, die Straftaten und Verbrechen, der hierfür Verantwortlichen, nachträglich zu verfolgen und zu bestrafen, die Opfer dieser Verbrechen zu schützen, zu entschädigen und zu rehabilitieren.

Auf der Deutschlandkonferenz wird allen Teilnehmern, die an einer friedlichen Lösung des Problems „Bundesrepublik“ interessiert sind, ein Weg aufgezeigt, der bis jetzt 60 Jahre verborgen blieb. Wir sind alle aufgerufen, diesen neuen Weg gemeinsam zu beschreiten und ein Ergebnis für die Zukunft unseres Landes herbeizuführen, um als gutes Beispiel für die gesamte Welt in Erscheinung zutreten.

Der Grund, warum diese Informationen noch nicht zur Veröffentlichung freigegeben worden sind, ist damit zu begründen, daß bestimmte Gruppen, auf Grund ihrer Diskriminierung, radikale Veränderungen mit diesem Wissen verursachen könnten und würden.

Somit ist ein großes Ausmaß an Verantwortung für jeden Teilnehmer der Deutschlandkonferenz von Nöten, um Chaos und Unruhen zu vermeiden. Es ist daher unsere vorrangigste Aufgabe, und darüber sollte sich jeder Teilnehmer bewusst sein, eine friedliche und somit freiheitliche Veränderung herbeizuführen.

Punkte der Deutschlandkonferenz

- 1. Die Deutschlandkonferenz wird ohne Vorurteil einberufen. Ziel ist es, einen gemeinsamen und begehren Weg zu beschreiten.**
- 2. In dieser Konferenz werden die vorgegebenen Bedingungen der Alliierten, (ohne die eine neue Verfassung nicht möglich ist) für eine neue Verfassung bekannt gegeben und über das weitere Vorgehen ohne Vorurteil abgestimmt.**
- 3. In Folge wird eine Arbeitsgruppe „Recht und Verfassung“ gebildet, völlig unabhängig von Personen, aber mit dem Anspruch auf Kompetenz.**
- 4. Als Grundlage kann jede bisherige Verfassung herangezogen werden. Sie muss aber Zeitgemäß und die beste Verfassung für das Volk sein und darf das Völkerrecht nicht verletzen.**
- 5. Anschließend werden wichtige völkerrechtliche Zusatzprotokolle (nach Alliiertenbedingungen) erlassen, die unbedingt notwendig, aber bisher nicht beachtet worden sind. Diese Bedingungen eröffnen erst einen Weg, werden dann aber später rechtmäßig wieder außer Kraft gesetzt (Entriegelung).**
- 6. Die Neue Verfassung wird zur Entscheidung veröffentlicht.**
- 7. Abschließend wird die Neue Verfassung dem deutschen Volk in freien Wahlen zur Entscheidung vorgelegt.**

Zur Verwirklichung dieses Ziels sind bereits mehre unabhängige und anonym verbriefte Gebietskörperschaften nach übergeordnetem Recht, mit Verfassungsrang und als Verfassungsorgan, gebildet worden.
 Sie bestehen bereits aus folgenden Strukturen:

**Vorstand / Rat / Rat der Weisen
 aktiven und passiven Mitgliedern
 Rechtsabteilung und dem Notariat für Menschenrechte
 Verwaltung
 Hochkommissariat für Menschenrechte
 Akademie, Zentralarchiv und Öffentlichkeitsarbeit für Menschenrechte
 Gerichtshof für Menschenrechte
 United Human-Rights-Forces als Exekutive
 Hilfs- und Vollstreckungsbeamte**

und haben bestimmte und verbrieft Rechte in Deutschland.

Das Internationale Zentrum für Menschenrechte steht unter

**keiner staatlichen Aufsicht
 und keiner staatlichen Gerichtsbarkeit unter eigener Immunität,
 es ordnet und verwaltet unter eigenem Gesetz,
 vergibt Ämter und Aufgaben selbstständig
 und darf Steuern erheben.**

Zweck der bürgerrechtlichen Gebietskörperschaften nach Gemeinschaftsrecht ist die Verwirklichung des im Grundgesetz verbrieften Rechts des deutschen Volkes

zur Wahrung, Umsetzung und zum Schutz sowie zur Förderung der Menschenrechte.

Hierzu gehört auch die Verwirklichung der deutschen Verfassung. Unter der Gebietskörperschaft können nunmehr Rechtssubjekte als:

**Personengesellschaften,
 juristische private Personen (private Körperschaften und Stiftungen),
 juristische Personen des öffentlichen Rechts
 (öffentlich-rechtliche Körperschaften und Stiftungen)
 öffentlich-rechtliche Anstalten
 Regie- und Eigenbetriebe,
 Verbands-, Personal- und weitere Gebietskörperschaften
 Selbstverwaltungen von natürlichen Personen,
 Vereine und Organisationen**

völlig als nicht bundesrepublikabhängige originäre, nicht vom Staat, sondern vom Volk abgeleitete öffentlich-rechtliche Gewalt nach Gemeinschaftsrecht mit:

- Unabhängigkeit von der Bundesrepublik in inneren und äußeren Angelegenheiten**
- eigener Gemeinschaftsgerichtshof innerhalb Deutschlands nach Völkerrecht**
- eigene Akademie, Zentralarchiv und Öffentlichkeitsarbeit für Deutschland**
- eigene und unabhängige Rechtsabteilung und Notariat in Deutschland**
- eigene Strafverfolgung und Schlichtungsstelle bei Völkerrechtsverstößen**
- eigene Gesetze, eigene Immunität gegenüber der Bundesrepublik nach Völkerrecht**
- eigene Verwaltung und Befehlsgewalt unter deutschem Recht und Völkerrecht**
- eigenem Ausweis (Amts-, Dienst- oder Gemeinschaftsausweis)**
- eigene Beamte nach deutschem Recht ernennen und Aufgaben erteilen**
- eigener Register/Verwaltung - Personen, Fahrzeuge, Führerscheine, Waffenscheine usw.**
- eigene schnelle Eingreiftruppe**
- eigenen Hilfs- und Vollstreckungsbeamte**
- eigene Steuerfreiheit, Banken und Währung gegenüber der Bundesrepublik repräsentieren.**

Ohne diese, nicht von der Bundesrepublik abgeleitete und öffentlich-rechtliche Gebietskörperschaft, ist die Verwirklichung des Art. 146 GG nicht möglich. Abweichende Bemühungen gehen ins Leere und schaden nur dem Gemeinwohl und der Gemeinschaft.

Die gemeinschaftlichen Rechte und Pflichten sind durch deutsches Recht, deutsche Verfassung, Grundgesetz und Völkerrecht legitimiert und legalisiert.

Die Verfassungsorgane der Bundesrepublik sind über diese Entwicklung und Gründung genauestens informiert worden und können gegen diese verbrieften Rechte nicht vorgehen. Der Weg ist also geebnet.

Wir alle sind jetzt aufgerufen unsere Energien in der Gemeinschaft zu bündeln. Viele von uns haben großartige Pionierarbeit geleistet, um das Unrecht, das gegen unser Volk begangen wurde und wird, anzuklagen und aufzudecken. Wir haben alle unter diesem System gelitten und viele haben Ihr Leben dafür eingesetzt, um die Freiheit und Einheit unseres Volkes wieder herzustellen. Diese Anstrengungen dürfen nicht umsonst gewesen sein und wir alle haben die Pflicht, insbesondere im Gedenken an diese Menschen, diesen Traum von wahrhafter Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit jetzt in die Tat umzusetzen.

Wir dürfen nicht mehr unser eigenes Süppchen kochen, denn dann werden wir auf der Strecke bleiben, dieses sollte jedem bewußt sein. Wir haben hier die Möglichkeit, einen friedlichen und auch durchführbaren Weg in der Gemeinschaft, nach Gemeinschaftsrecht zu beschreiten, ohne Gewalt und sinnloses Leiden.

Die Welt wartet auf uns, Sie schaut auf uns voller Hoffnung, denn ohne uns wird Frieden und Gerechtigkeit in der Welt nicht möglich sein. Wir sind es, die die Verantwortung für diese Welt übernehmen müssen, denn wer außer uns wäre dafür prädestiniert. Also lasst uns Weise sein, ergreift die Möglichkeit, diesen Strohhalm, der zu Friede und Freiheit führen kann, bevor er in der Glut der Lüge und der Gier der Regierenden verbrennt.

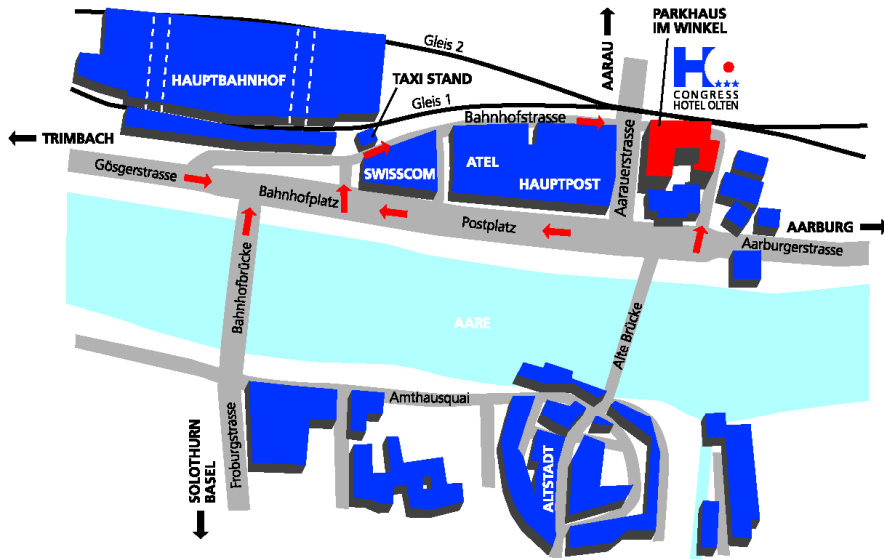
Alle sind aufgerufen bei der Organisation der Deutschlandkonferenz aktiv mitzumachen. Auf dieser Konferenz wird der Weg in die neue Verfassung bekannt gegeben. Wir bitten um Vorschläge und um Helfer bei der Organisation, damit das Treffen optimal abgehalten werden kann. Wir bitten um sachdienliche Vorschläge. Spenden sind willkommen.

Kontakt bitte nur unter Deutschlandkonferenz@online.de

PS: Bitte großflächig verteilen, denn wir alle sind die Veränderung, die wir in der Welt zukünftig sehen möchten. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit - die Deutschlandkonferenz!

Info: Kurt SCHÄFER –CH Tel. +41 76 294 6332 clean2004@gmx.net

ANFAHRTSPLAN



So finden Sie uns ...

... mit dem Auto

Über die Autobahnen A1 und A2 ist Olten leicht zu erreichen, Ausfahrt Rothrist-Olten. Folgen Sie den Wegweisern und orientieren Sie sich anhand des Anfahrtsplans.

Das Parkhaus «im Winkel» befindet sich direkt unter dem Hotel und hat einen eigenen Zugang in unser Treppenhaus.

... mit der Bahn

Benutzen Sie die hervorragenden Verbindungen der SBB.

Das Hotel liegt nur 3 Minuten vom Bahnhof entfernt. Man wählt die Seite Richtung Gleis 1 und folgt danach den Geleisen entlang zum CONGRESSHOTEL OLTEN.

CONGRESS HOTEL OLTEN • Zentrum im Winkel • Bahnhofstrasse 5 • CH-4601 Olten
 Fon ++41 62 287 32 32 • Fax ++41 62 287 32 33 • sleep@congresshotelolten.ch
 Bankverbindung: CS Olten, Konto 0556-975048-01 • IBAN CH56 0483 5097 5048 0100 0
 Ein Betrieb der EPM Consulting & Management AG • MWST Nr. 458 507 • congresshotelolten.ch

...per **Telefon** +41 62 287 32 32

...per **E-Mail** [sleep\(at\)congresshotelolten.ch](mailto:sleep(at)congresshotelolten.ch)

...per **Fax** +41 62 287 32 33

...per **Post** Bahnhofstrasse 5, Zentrum im Winkel, CH - 4601 Olten/Schweiz